

Neue Taktik, alte Strategie

VON JOSEF JOFFE

Was ist am 15. November in Algier tatsächlich geschehen? Der PLO-Nationalrat hat nicht den Staat Israel anerkannt, sondern eher verschwommen eine 21 Jahre alte UNO-Resolution als Verhandlungsplattform ins Auge gefaßt: Die „Resolution 242“ spricht – ohne Israel zu nennen – von der „Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten der Region“. Die PLO hat auch nicht klar dem Terrorismus abgeschworen, sondern dabei auf andere UNO-Resolutionen verwiesen, die „nationale Befreiungskriege“ sanktionieren.

Die Israeli sind enttäuscht. Selbst linksliberale Zeitungen, die seit Jahren dem Kompromiß das Wort reden, haben verbittert reagiert. *Ha'aretz* schreibt: „Die PLO verweist auf alle Resolutionen (zur Palästinenserfrage) und damit auch auf die Gleichsetzung des Zionismus mit Rassismus.“ *Chadaschot* kommentiert: „Die PLO hat uns das Leben leichtgemacht, indem sie es vermied, Israel anzuerkennen und den Terrorismus aufzugeben.“ Eine „historische Chance“ sei verpaßt worden.

Indes: Ganz so leer ist das Glas auch nicht – zumal, wenn Algier an früheren Dokumenten gemessen wird, mit denen die PLO tatsächlich eine Chance nach der anderen verpaßt hat. An ihrer Spitze steht die berüchtigte „PLO-Charta“, die seit 24 Jahren den Israeli nur das Schicksal der staatlichen Liquidierung zugewiesen hat. Die Charta spricht von der „totalen Befreiung“ Palästinas, von der „Unrechtmäßigkeit“ des „zionistischen Gebildes“ und von der „bewaffneten Revolution“ bis zum Endsieg.

Dokumente sind Dokumente, und Politik ist Politik – dies wäre die tröstliche Botschaft von Algier, wenn Israeli und Palästinenser heute etwa da wären, wo die Bundesrepublik und die DDR Mitte der 60er Jahre angelangt waren. Das Grundgesetz sowie eine ganze Reihe von internationalen Verträgen halten ja noch immer an einer Vision von Deutschland fest, die keineswegs von der Zweistaatlichkeit geprägt ist. Das Grundprinzip ist immer noch das eine und einzige Deutschland – einer liberal-demokratischen Verfassung gehorchend und in der westlichen Gemeinschaft verankert. Doch die praktische Politik hat die Grundsätze längst der Gemeinsamkeit hintangestellt.

Dies in die Erinnerung zurückzurufen, soll nur das Offenkundige unterstreichen: daß Papiere und Politik sehr weit auseinanderklaffen können. Doch anders als im Falle der Deutschen liegt das Kernproblem zwischen Israel und der PLO in der praktischen Politik, in der sich noch immer sehr wenig bewegt. Der Grund? Israel mag zwar militärisch eine kleine Supermacht sein, aber es fehlt ihm das Urfundament aller Sicherheit: die Akzeptanz und Legitimierung im Kreise seiner Nachbarn. Die Palästinenser mögen zwar allerlei Sympathien besitzen, aber den Staat, den sie jetzt ausgerufen haben, können sie nur von Israel erhalten. Israeli und Palästinenser – sie sind unlösbar ineinander verstrickt; ein jeder braucht existentiell, was nur der andere ihm geben kann.

Freilich: Existentielle Fragen sind in den Lehrbüchern der Diplomatie nicht vorgesehen. Praktische Politik setzt Anerkennung und Legitimierung voraus; „kleine Schritte“ sind kein Ersatz für den Bruch mit unhaltbaren Illusionen. Mehr noch: Derlei Abkehr erfordert – wie an der Schwelle der „Neuen Ostpolitik“ – einen neuen nationalen Konsens. Diesen Punkt haben weder Israel noch die PLO erreicht. Israel, das zeigt die Wahl vom 1. November, ist in zwei Lager zerfallen, die sich gegenseitig blockieren. Die PLO – das zeigen die verschwommenen Formeln von Algier – hat genausowenig ein neues Verhältnis zum Gegner im Visier. Yassir Arafats Spruch „Der Schwarze Peter liegt jetzt bei Amerika“ formuliert den neuen Minimal-Konsens, der auf einer alten Strategie beruht: Es geht um die rasche Anerkennung des Mächtigen-Staates durch möglichst viele Länder, um dergestalt internationalen Druck gegen Jerusalem zu mobilisieren.

Das kann die Konzessionslust Israels nicht stärken; es kann auch den unabdingbaren Prozeß der gegenseitigen Anerkennung nicht forcieren. Auch das angepriesene Allheil-Mittel einer internationalen Konferenz kann den Israeli und Palästinensern nicht ihre schwerste Aufgabe abnehmen, und die heißt: Ein jeder muß des anderen nationalen Traum (und Trauma) verstehen und dabei die eigenen Ambitionen dem Realismus unterwerfen.

Dies geht nicht von heute auf morgen, doch könnten beide Seiten schon morgen zeigen, wie es weitergehen könnte. Die Israeli müßten aufhören, die Intifada als „Polizeiproblem“ zu behandeln; sie müßten erkennen, daß die Palästinenser auf dem Westufer der PLO von Algier bereits einige Schritte voraus sind: Die besetzten Gebiete sind ein „Staat im Werden“: die Aufständischen vollziehen genau das, was ihnen die Juden 1947/48 gegen die Engländer vorgemacht haben. Und die PLO müßte sich ein Beispiel an Sadat nehmen – der 1977 eiskalt kalkulierend mit dem Olivenzweig in der Hand nach Israel flog und hernach mit einer rechten Regierung Frieden schloß. Arafat muß Israel überzeugen, nicht Malaysia, Madagaskar und Bahrain, die seinen „Staat“ schon anerkannt haben. Kann er das? Zumindest läuft ihm die Zeit genauso davon wie den Israeli. Die Israeli können nicht ewig gegen die gewaltigste politische Kraft des 20. Jahrhunderts anrennen: den Nationalismus. Arafat aber kann sich auf das „Weltgericht“ der Geschichte nicht verlassen: Diese nimmt sich ihre Zeit; die Lebensspanne eines Politikers gehorcht der Biologie.

42